

Wettbewerb und Effizienz

Zum Ritual der Verhandlungen um den Finanzausgleich, mit dem die Steuermittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt werden, zählt, dass sie mit zunehmender Dauer zäher und hitziger werden. Dabei muss noch vor Ende des Jahres ein Ergebnis vorliegen. Wenn nicht, gilt der „alte“ Verteilungsschlüssel, was für Länder und Gemeinden mit ihren gestiegenen Kosten für Gesundheit und Pflege ein Problem wäre.

Passend zum derzeitigen Verhandlungsklima wurde von den Grünen unlängst gefordert, die Kleinkinderbetreuung beim Bund zu zentralisieren, wovon sie sich offenbar ein besseres Angebot erwarten. Als zweitbeste Lösung wurde ein „aufgabenorientierter Finanzausgleich“ genannt. Der Bund unterstützt dann die Länder für genau definierte Leistungen nach vorgegebenen Standards. Aufgabenorientierter Finanzausgleich klingt nicht schlecht, ist aber im Grunde nichts anderes als eine Zentralisierung durch die Hintertür. Es wird nicht darauf geachtet, ob überhaupt ein konkreter Bedarf vorhanden ist und ob es günstigere Alternativen gibt.

Wieder einmal kein Thema ist dagegen eine Steuerautonomie der Länder. Vor und nach Finanzausgleichsverhandlungen zeigen sich die Akteure zwar stets „gesprächsbereit“, in Wahrheit herrscht jedoch über alle Ebenen hinweg Konsens, das bestehende System beizubehalten, weil es für Bund, Länder und Gemeinden die bequemste Lösung ist. Auf der Strecke bleiben allerdings auch hier Wettbewerb und Effizienz



Peter.Bussjaeger@uibk.ac.at